

XXII. GP.-NR

758 I/A(E)

21. Dez. 2005

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag^a. Terezija Stoisits, Dr. Peter Pilz, Freundinnen und Freunde

betreffend Aufnahme von MigrantInnen in den Polizeidienst

Immer wieder stand und steht sicherheitsbehördliches Einschreiten gegenüber AusländerInnen im Zentrum von Kritik. Die Todesfälle von Marcus Omofuma und Chebani Wague sind dabei die Spitze eines Eisberges. Darunter gibt es zahllose Fälle von gemeldeten Diskriminierungen und sonstigen Beanstandungen.

In Österreich leben ca. 9,3% Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Ca. 340 000 Personen davon verfügen über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Österreich. Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügen. Dieser große Bevölkerungsteil im Polizeidienst nach Einschätzungen der Grünen so gut wie gar nicht repräsentiert.

Es gibt Bundesländer in der BRD, die die Aufnahme in die Polizeiausbildung für integrierte AusländerInnen schon seit längerer Zeit forcieren. Es ist ein Prozess, der über viele Jahre unterstützt werden muss. Die Polizei Bremen bemüht sich seit Jahren, mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund in ihre Reihen zu bekommen. Mit gezielten Förderkursen, Anzeigen und Internetangeboten sollen MigrantInnen aufmerksam gemacht werden. Die Ausbildung ist auch NichtstaatsbürgerInnen möglich.

Ziel muss auch in Österreich sein, dass dieser Teil der Bevölkerung im Polizeidienst ausreichend vertreten ist. Das würde eine Verbesserung polizeilicher Tätigkeit bringen und die Akzeptanz der Polizei weiter erhöhen. Brisante Einsätze könnten so mit erhöhtem Fingerspitzengefühl durchgeführt werden.

Insgesamt wäre es ein integrationspolitisch bedeutender Schritt. Die Polizei gehört zu den Kernbereichen nationaler Identität, bildet ein zentrales Praxisfeld, indem sich die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft gegenüber ihren zugewanderten MitgliederInnen erweist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Frau Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert:

Einen Aktionsplan „MigrantInnen in den Polizeidienst“ unter Einbeziehung von best-practise Modellen innerhalb der EU auszuarbeiten,

